

### **Prävention statt Law & Order**

5

Die GRÜNE JUGEND NRW hat bereits am 2. November 2002 einen ausführlichen Beschluss zum Thema Drogenpolitik verabschiedet. Angesichts der Ankündigung von Justizministerin Roswitha Müller-Piepenkötter zu weiteren, neuen Repressionen gegen DrogenkonsumentInnen sehen wir uns genötigt umso vehementer für eine

10

Entkriminalisierung und Legalisierung von Drogen einzutreten.

### **Kriminalisierung beenden**

15

Die Verschärfungen der schwarz-gelben Landesregierung sehen wie folgt aus:

Die Eigenbedarfsgrenze, bis zu der die Staatsanwaltschaft nach dem Betäubungsmittelgesetz von der Verfolgung absehen kann, wird für Haschisch und Marihuana von 10 auf 6 Gramm abgesenkt. Eine Eigenbedarfsgrenze für „harte“ Drogen, wie Heroin, Kokain und Amphetamin, soll es zukünftig nicht mehr geben. Ermittlungsverfahren gegen Jugendliche und junge Erwachsene sollen nur noch unter Auflagen und nicht mehr - wie bislang - folgenlos eingestellt werden können. Denkbare Auflagen sind regelmäßige Drogenscreenings, Teilnahme an Drogenberatungsseminaren, Therapien oder Sozialstunden.

20

25

Die GRÜNE JUGEND NRW verurteilt diese Repressionen aufs Schärfste. Erfahrungen aus anderen Ländern zeigen, dass Verbote den Drogenkonsum nicht verringern, sondern ihn lediglich aus dem Blickpunkt der Gesellschaft verdrängen. Laut Studien ist Cannabis die drittmeist gebrauchte psychoaktive Droge in Deutschland, nach Alkohol und Nikotin. Durch ein schärferes Verbot wurde sich daran nichts ändern, im Gegenteil würde eine weitere

30

Kriminalisierung und Stigmatisierung dazu führen, dass KonsumentInnen die Möglichkeit genommen wird sich umfangreich zu informieren und bei Bedarf Hilfe zu suchen. Bei der Vision eine drogenfreien und damit drogenproblemfreien Gesellschaft zu schaffen ist man in der Vergangenheit trotz enormer Anstrengungen keinen Schritt weiter gekommen, die Zahl der DrogenkonsumentInnen ist sogar noch angestiegen.

35

Auch die Drohung mit Auflagen wie Drogenscreenings, bei denen mit Hilfe von Urin- und Blutproben Drogenkonsum nachgewiesen werden kann, werden nicht zu weniger Drogenkonsum führen, sondern allenfalls ein Selektionsmittel für MitarbeiterInnen und Auszubildende sein.

40

### **Aufklärung statt Kürzungen und Repressionen**

Im letzten Jahr noch hat die schwarz-gelbe Landesregierung an allen Ecken und Enden gekürzt, so auch in der Arbeit für Drogenaufklärung und -prävention sowie bei Beratung von Drogenabhängigen und den Zuschüssen für so genannte Spritzenautomaten, die ermöglichen an saubere Spritzen zu kommen und die Ausbreitung von Infektionskrankheiten verhindern sollen. Die GRÜNE JUGEND NRW fordert die Rücknahme der Kürzungen, ein flächendeckendes Angebot von Spritzenautomaten und Fixerstuben, Beratungsstellen sowie freiwillige, psychologische Beratung und Hilfe für Abhängige. Zudem dürfen legale Drogen wie Alkohol und Tabak nicht weiterhin verharmlost werden.

45

50

### **Hilfe für Kranke**

55

Laut der Arbeitsgemeinschaft Cannabis und Medizin ist nachgewiesen, dass Cannabis u.a. eine beruhigende, stimmungsaufhellende, schmerzstillende und appetitanregende Wirkung

60 hat. Zudem hat Cannabis im Gegensatz zu den schulmedizinischen Medikamenten den Vorteil die Organe zu schonen. Bisher, seit August 2007, gibt es erst eine schwerkranke Person in Deutschland, die legal ein Cannabisextrakt zur Schmerzlinderung konsumieren darf. Weitere Anträge liegen der Bundesopiumstelle in Bonn aber vor.

65 Die GRÜNE JUGEND NRW fordert die sofortige Zulassung von Cannabis und Cannabisprodukten als Medikamente, die mittels eines einfachen Rezeptes in jeder Apotheke bezogen dürfen werden. Betroffene und Betreuungspersonen sollen Cannabis anbauen, besitzen und konsumieren dürfen. Schwerstkranke dürfen nicht weiter kriminalisiert werden und Cannabisprodukte illegal über den Schwarzmarkt beziehen müssen.

### **Alternativen zur derzeitigen Drogenpolitik**

70 Die GRÜNE JUGEND NRW spricht sich für die Einführung von Drogenfachgeschäften aus, wie es der Bundesverband der GRÜNEN JUGEND fordert. Die Fachgeschäfte sollen von ausgebildeten und qualifizierten FachverkäuferInnen betrieben werden. Eine wichtige Voraussetzung ist die persönliche und kompetente Beratung, der Verkauf via Automaten  
75 oder Internet soll nicht gestattet sowie eine Altersgrenze eingeführt werden. Neben den Drogenfachgeschäften soll durch massiven Ausbau der Drogenberatungsstellen das notwendige Wissen für einen verantwortungsvollen Konsum vermittelt werden. Dieses Modell soll nicht zum Drogenkonsum anregen, sondern den Personen, die sich bewusst dafür entscheiden zu konsumieren, die optimalen Voraussetzungen dafür geben und die  
80 Risiken minimieren. Ziel ist der verantwortungsvolle Umgang mit Drogen, nicht mehr die Verhinderung von Drogenkonsum, sondern von Abhängigkeit und Schädigungen durch Drogen.